

**D**ie protestierenden Klinikmitarbeiter haben für das Skelett, an dem noch ein Infusionsschlauch baumelt, einen gängigen Namen gewählt: „Das ist Schmitz Richard, er war nicht privat versichert“, verkündet das Transparent über dem kahlen Gerippe, auf das sich die Fernsehkameras richten. Der medienwirksame Protest der demonstrierenden Ärzte und Pflegekräfte gilt der Notoperation, mit der Bundesgesundheitsministerin Ulla Schmidt weitere Beitragssatzsteigerungen in der gesetzlichen Krankenversicherung verhindern will. Die Demonstranten sind überzeugt: Schmidts „Beitragssatzsicherungsgesetz“, das eine Nullrunde für Ärzte und Krankenhäuser vorsieht, wird mit den Gesundheitsberufen auch die Patienten treffen. Eine solche Politik auf ihrem Rücken und zu Lasten der ihnen anvertrauten Menschen wollen sich die Leistungsträger im Gesundheitswesen nicht länger gefallen lassen. Zu ihrer Protestkundgebung vor dem Brandenburger Tor Mitte November sind rund 15.000 Menschen gekommen. Auf Spruchbändern formulieren sie ihren Unmut über die Gesundheitspolitik der Regierungskoalition: „Ulla Schmidt lässt grüßen – die Kranken müssen büßen.“ – „Keine Nullrunde für Krankenhäuser.“ – „Nicht mit uns!“

Zu der Großkundgebung aufgerufen hatten die im „Bündnis Gesundheit 2000“ zusammengeschlossenen Verbände und Organisationen der 4,2 Millionen Beschäftigten im Gesundheitswesen, unter ihnen Ärzte, Zahnärzte, Arzt- und Zahnarthelferinnen, Pflegeberufe, Apotheker, Assistenzberufe und die Deutsche Krankenhausgesellschaft. „Mehr Menschlichkeit statt Durchökonomisierung“ und „Kahlschlag im Gesundheitswesen – Ausverkauf der Qualität“ lauteten die Leitsprüche der Kundgebung. Auch die im „Bündnis Gesundheit Nordrhein-Westfalen 2000“ zusammengeschlossenen Gesundheitsberufe und die Krankenhausgesellschaft Nordrhein-

# Protest gegen die Nullrunde

*„Bündnis Gesundheit 2000“ der Gesundheitsberufe und die Krankenhausgesellschaft demonstrieren in Berlin gegen das „Beitragssatzsicherungsgesetz“ – 15.000 Menschen machten bei einer Großkundgebung am Brandenburger Tor ihrem Unmut über die Regierungspolitik Luft*

**von Horst Schumacher**

runde, sondern in Wirklichkeit eine Minusrunde. Es werde zwangsläufig zu weiterer Destabilisierung des Gesundheitswesens, zu Demotivation und Deprofessionalisierung der Beschäftigten führen. „Vor allem aber kommen diese Sparpläne einem Kahlschlag mit weitreichenden Folgen für die Qualität der Patientenversorgung gleich“, sagte Hoppe, „Menschlichkeit und medizinischer Fortschritt werden zum Luxus in einer Zwei-Klassen-Medizin.“

Die Nullrunde gefährde viele Arztpraxen und damit auch die Arbeitsplätze von Tausenden Arzt- und Zahnarthelferinnen. Ausbildungsplätze würden abgebaut, Tarifgehälter könnten nicht mehr bezahlt werden. In den Krankenhäusern stehen nach den Worten des Ärztepräsidenten Zehntausende von Arbeitsplätzen auf dem Spiel. „Das Versprechen der rot-grünen Koalition, für mehr Beschäftigung sorgen zu wollen und 'unzumutbare Belastungen' in Kliniken und Praxen abzubauen, erweist sich nun als bittere Täuschung“, sagte Hoppe.

**KBV-Vorsitzender spricht von Arbeitskampf**

Als Kundgebungsredner übte auch der Erste Vorsitzende der Kassenärztlichen Bundesvereinigung, Dr. Manfred Richter-Reichhelm, scharfe Kritik: „Diese Regierung lässt offen-

Westfalen (KGNW) hatten ihre Mitglieder für die zentrale Protestkundgebung mobilisiert.

**Hoppe: Menschlichkeit wird zum Luxus**

Ein Knochengerüst, dem keine Infusion mehr helfen kann – droht dem deutschen Gesundheitssystem dasselbe Schicksal wie dem armen „Schmitz Richard“? „Das deutsche Gesundheitswesen ist in Lebensgefahr“, warnte der Präsident der Bundesärztekammer und des Deutschen Ärztetages, Professor Dr. Jörg-Dietrich Hoppe, vor der Bundespressekonferenz in Berlin. Das Spardiktat der Regierung sei keine Null-



*Einig im Widerstand gegen die konzeptionslose Kostendämpfungspolitik der Regierungskoalition: Professor Dr. Jörg-Dietrich Hoppe, Präsident der Bundesärztekammer, und Dr. Manfred Richter-Reichhelm, Erster Vorsitzender der Kassenärztlichen Bundesvereinigung.*

Foto: uma

sichtlich nichts unversucht, um mit ihren Helfershelfern unsere ambulante Medizin zu zerstören und Therapiefreiheit und freie Arztwahl aufzuheben“, sagte er, „diese Regierung will kein bürgernahes Gesundheitswesen mehr und sie will erst recht kein freiheitliches Gesundheitswesen. Diese Regierung propagiert den mündigen Patienten, aber führt uns knallhart in die Staatsmedizin.“ Der KBV-Vorsitzende kündigte eine Fortsetzung der Kampagne an und schloss auch einen Streik nicht aus: „Wir werden so lange informieren, bis jeder weiß, worum es wirklich geht. Wenn Sie den Kampf in unsere Arbeit hineinbringen, dann werden wir mit einem Arbeitskampf antworten.“

„Die Nullrunde drückt uns die letzte Luft ab, die wir noch haben“, sagte der Vorsitzende des Marburger Bundes, Dr. Frank Ulrich Montgomery. Die Regierungspolitik führe direkt in die Arbeitsplatzvernichtung. „Man soll uns einmal sagen, wie wir damit eine berechtigte Tarifforderung von 3,5 Prozent bedienen? Das heißt doch nur: Für alle gibt es 3,5 Prozent mehr Lohn und Gehalt – außer für 3,5 Prozent. Für die gibt es gar nichts mehr, die werden entlassen“, rechnete Montgomery vor. Nach seinen Worten werden preiswerte, sozial wichtige Arbeitsplätze massenhaft vernichtet – und zwar mehr Arbeitsplätze als mit den Einsparungen an anderer Stelle wieder aufgebaut werden. Der Vorsitzende des Klinikärzterverbandes sieht 5.000 Arztstellen im Krankenhaus bedroht.

#### Pflegeberufe: „Perspektive der Aussichtslosigkeit“

„Mit der Nullrunde bietet uns diese Regierung die Perspektive der Aussichtslosigkeit“, sagte Gertrud Stöcker, Vorsitzende des Bundesausschusses der Lehrerinnen und Lehrer für Pflegeberufe. Bereits seit Jahren leide die pflegerische Versorgung unter schleichendem Personalabbau, 20.000 Stellen seien bereits abgebaut worden. Viele Krankenhäuser wiesen heute in der Pflege nur noch einen Personalstand der 60er und 70er Jahre auf – und das trotz dramatisch gestiegener Pa-



„Uns reicht's“ – Die Leistungsträger im Gesundheitswesen sind bitter enttäuscht von den Abbauplänen der Bundesgesundheitsministerin. 15.000 Menschen kamen zur Protestkundgebung nach Berlin.  
Fotos: uma

tienzenzahlen. Weiteren 40.000 Krankenschwestern und Krankenpflegern drohe mit der geplanten Nullrunde der Verlust des Arbeitsplatzes. „Damit ziehen Sie uns den Boden unter den Füßen weg, Frau Ministerin Schmidt!“, sagte Stöcker, „aber irgendwann ist unsere Leistungsgrenze erreicht.“

#### Wartelisten für planbare Operationen

Auch Jörg Robbers, Hauptgeschäftsführer der Deutschen Krankenhausgesellschaft, verurteilte die Regierungspläne entschieden: „Mit der angekündigten Nullrunde hat die Ministerin die Abrissbirne in ihr eigenes Fallpauschalen-Gebäude geschleudert.“ Kassen und Kliniken seien nun nicht mehr in der Lage, Krankenhausbudgets zu vereinbaren, die Voraussetzung für eine freiwillige Abrechnung von Fallpauschalen im Jahr 2003

sind. Gleichzeitig setze sich bei den Krankenhausträgern die Entscheidung durch, ihre angekündigte Bereitschaft, bereits im Jahre 2003 freiwillig nach Fallpauschalen abzurechnen, zurückzuziehen. Auch Robbers kündigte massiven Widerstand gegen das Gesetzesvorhaben an. Den Patienten drohten ein spürbarer Leistungsentzug im Krankenhaus und Wartelisten für planbare Operationen. Zudem wären die Kliniken nun endgültig gezwungen, Personal zu entlassen, da die Tarifsteigerungen schon mit den unzureichenden Budgeterhöhungen der vergangenen Jahre nicht abgedeckt werden konnten.

In einer an Bundeskanzler Gerhard Schröder gerichteten Resolution (im Wortlaut verfügbar im Internet unter [www.bundesaerztekammer.de](http://www.bundesaerztekammer.de)) fordern die Teilnehmer der Berliner Protestkundgebung

- ein Ende der konzeptionslosen, beschäftigungs- und patientenfeindlichen Kostendämpfungspolitik;
- eine Umkehr auf dem Weg in die Staatsmedizin, die durch Wartelisten und Zuteilungsmedizin gekennzeichnet ist;
- ein Ende der „Verschiebebahnhofpolitik“, mit der den gesetzlichen Krankenkassen nach eigener Aussage jährlich rund 5 Milliarden Euro entzogen werden.



Das „Bündnis Gesundheit 2000“ bündelt den Widerstand gegen die Kahlschlagpolitik im Gesundheitswesen. Ihm gehören auf Bundesebene 39 Verbände und Organisationen der 4,2 Millionen Beschäftigten im Gesundheitswesen an.